

Westpapua im Jahr 2024

Geschichte, Menschenrechte und
aktuelle politische Situation





Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Telefon +49 202 89004-170
Fax +49 202 89004-179

wpn@westpapuanetz.de
www.westpapuanetz.de

November 2024



Westpapua im Jahr 2024

Geschichte, Menschenrechte und aktuelle politische Situation

1. Allgemeiner Überblick

Westpapua ist die östlichste Region Indonesiens, seit 2022 bestehend aus den sechs Provinzen Papua, Hochland-Papua, Zentral-Papua, Süd-Papua, Südwest-Papua und West-Papua. 1962 wurde die Region nicht wie von der lokalen Bevölkerung erhofft nach Ende der niederländischen Kolonialzeit unabhängig, sondern wurde Indonesien angegliedert. Die folgenden Jahrzehnte waren von Widerstand der indigenen Bevölkerung gegen die indonesische Verwaltung und Repressionen durch indonesische Sicherheitskräfte geprägt. Seit 1970 kommt es zu massiver Transmigration von Indonesier*innen anderer Landesteile nach Westpapua, die die Zusammensetzung der Bevölkerung deutlich verändert hat. Indigene Papuas, die sich als Teil des pazifischen Kulturraums der Melanesier sehen, machen bereits seit 2010 weniger als die Hälfte der derzeit ca. 5.4 Millionen Einwohner*innen Westpapas aus.

Trotz der Vielfaltigkeit der Bevölkerung Westpapas mit über 250 indigenen Bevölkerungsgruppen mit eigenen Sprachen und Traditionen eint die Papuas ihre Erfahrung von Menschenrechtsverletzungen, Marginalisierung und Rassismus.

Die 1945 in Kraft getretene Verfassung von Indonesien orientiert sich an dem Staatsmotto „Einheit in Vielfalt“ und verankert den Schutz der Menschenrechte. Auch in dem Gesetz 21/2001 über die Sonderautonomie Westpapas finden die Menschenrechte bereits an zweiter Stelle Erwähnung und den Papuas werden „Menschenrechte, religiöse Werte, Demokratie, Recht, kulturelle Werte (...) und das Recht (...), die Ergebnisse der Entwicklung gerecht zu genießen“ zugesprochen. Die Umsetzung dieser rechtlich zugesicherten Menschenrechte zu national geschützten Menschenrechten in Westpapua scheitert zum Teil jedoch seit vielen Jahren.

Westpapua ist reich an Bodenschätzen. Gold, Kupfer und andere Erze, Gasvorkommen, tropische Hölzer und das Potential für große Agrarflächen machen den Standort für nationale und internationale Bergbau- und Agrarkonzerne besonders reizvoll und erklären das starke wirtschaftliche und damit einhergehende politische Interesse an Westpapua. Die in Westpapua erwirtschafteten Gelder fließen oft ins Ausland oder in andere Regionen in Indonesien. Sicherheitskräfte verdienen bis heute an diesem Ressourcenabbau mit und haben daher ein starkes Eigeninteresse, ihre überproportionale Präsenz zu rechtfertigen und zu sichern.

Die Papuas streben nach Selbstbestimmung, dem Schutz ihrer Menschenrechte und dem Erhalt ihrer Sprache, Kultur und des Regenwaldes in Westpapua. Demgegenüber steht das Interesse der indonesischen Regierung, an Westpapua als Teil des Einheitsstaats Indonesien festzuhalten und den Fokus in Westpapua weiterhin auf wirtschaftliche Entwicklung zu setzen.

Diese gegensätzlichen Bestrebungen prallen seit 60 Jahren auch in Form eines bewaffneten Konflikts in Westpapua aufeinander, auf dessen gegenüberliegenden Seiten die indonesische Regierung und die Freiheits- und Unabhängigkeitskämpfer in Westpapua (TPNPB-OPM)¹ stehen. Dieser bewaffnete Konflikt führt seit Jahren zu einer Vielzahl an Menschenrechtsverletzungen (der Großteil der Opfer sind indigene Papuas), zu einer zusätzlichen Stationierung von Militär in Westpapua und zu zehntausenden Binnenflüchtlingen, die im eigenen Land auf der Flucht sind.

¹ Die Nationale Befreiungsarmee für Westpapua und die Organisation für die Freiheit Westpapas.

Der Zugang nach Westpapua ist seit Jahren für internationale Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen eingeschränkt und eine unabhängige Dokumentation der Situation vor Ort durch Vertreter*innen der UN (Vereinte Nationen) derzeit nicht möglich. So steht z.B. seit längerer Zeit ein verbindlicher Termin für einen Besuch des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Westpapua aus.

Ein friedlicher Konfliktlösungsprozess wird seit Jahren von unterschiedlichen Akteur*innen gefordert. Die Papuas wünschen sich einen Ansatz, der sich nicht nur ausschließlich auf wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur konzentriert. Vielmehr sollten alle Konfliktdimensionen (Wirtschaft, Politik, Marginalisierung und Rassismus) betrachtet und ein Dialog eingeleitet werden, der durch eine neutrale dritte Partei moderiert wird.

2. Politische Geschichte

Die Gründung eines unabhängigen Staats nach Ende der niederländischen Kolonialzeit war Ziel der Papuas. Dazu hatten die Niederländer Ende der 1950er Jahre bereits eine politische Entwicklung angestoßen, die West-Neuguinea bis 1970 in die Unabhängigkeit führen sollte. 1961 wurde der Neuguinearat als Übergangsparlament der Papuas gewählt und von den Niederlanden eingesetzt.

Die Erklärung der anstehenden Unabhängigkeit Westpapas am 1. Dezember 1961 stand jedoch im Gegensatz zu den Plänen des damaligen indonesischen Staatspräsidenten Sukarno. Dieser erhob Anspruch auf „Irian“, wie er Westpapua nannte, und rief in seiner berühmten Trikora-Rede am 19. Dezember 1961 das indonesische Volk dazu auf, „Irian“ von der niederländischen Kolonialherrschaft zu befreien und an Indonesien anzugliedern.

Als Folge griff die indonesische Armee mit Marine und Luftlandtruppen Westpapua in den ersten Monaten 1962 an. Alle Angriffe wurden von den niederländischen Truppen mit papuanischen Hilfstruppen abgewehrt und es kam zu ersten Opfern auf beiden Seiten.

Die politischen Konstellationen im damaligen ‚Kalten Krieg‘ spielten eine entscheidende Rolle für die Zukunft Westpapas. So suchten die USA in Indonesien einen Verbündeten gegen kommunistische Gegner – bevor diese Indonesien als Partner heranziehen konnten – und unterstützten die Absicht Sukarnos, Westpapua zum eigenen Staatsgebiet zählen zu können. Unter Druck des damaligen US-Präsidenten Kennedy und unter Mithilfe der UN wurde im August 1962 das New Yorker Abkommen zwischen den Niederlanden und Indonesien unterzeichnet. Nach einer Übergangsverwaltung durch die UN sollte Westpapua an Indonesien übertragen werden. Laut diesem Vertrag wurde den Papuas aber das Recht zugestanden, innerhalb von sieben Jahren in einem Referendum – das unter Aufsicht der UN stattfinden sollte – frei darüber zu entscheiden, ob sie Teil von Indonesien bleiben oder ein unabhängiger Staat werden wollten. Nach der Übergangsverwaltung durch die UN (UNTEA vom 1.10.1962 bis 30.4.1963) zog sich diese aus Westpapua zurück und übergab die Verwaltung an Indonesien. Sukarno und sein Nachfolger Suharto etablierten ihre Militärdiktatur auch in Westpapua. Führende Papuas wurden aus ihren Ämtern entfernt – wer nicht fliehen konnte, wurde ermordet. Schriften über die Geschichte Westpapas sowie niederländische Schulbücher wurden vernichtet, Häuser wurden geplündert und kulturell wichtige Gegenstände aus den Häusern der Papuas geraubt. Die Infrastruktur in der Stadt Hollandia (heute Jayapura) – zunächst in Sukarnapura umbenannt – brach für Monate zusammen.

Unter Aufsicht der UN fand das Referendum im Jahr 1969 tatsächlich statt – wurde jedoch mit Hilfe von Drohungen und Zwang manipuliert. 1.025 von Indonesien handverlesene Wahlmänner stimmten daher im Ergebnis für den Anschluss an das indonesische Staatsgebiet. Dieser „*Act of Free Choice*“ wird seitdem als „*Act of No Choice*“ bezeichnet. Trotz der offensichtlichen Manipulation wurde das Referendum von der UN anerkannt. Die UN-Vollversammlung nahm es aber nur „zur Kenntnis“. Bis heute fordern die

Papuas eine Wiederholung dieser Abstimmung unter internationaler Aufsicht und viele fordern weiter die Unabhängigkeit Westpapas.

Die 30 Jahre der Diktatur Suhartos waren gekennzeichnet von zahllosen Menschenrechtsverletzungen, denen zehntausende Papuas zum Opfer fielen. Hunderttausende Migrant*innen aus anderen Teilen Indonesiens zogen nach Westpapua und übernahmen wichtige Posten in Wirtschaft und Verwaltung. Die meisten Papuas litten schweigend, aufkommender Widerstand wurde brutal unterdrückt.

Nach dem Rücktritt Suhartos in 1998 wollten seine Nachfolger im Präsidentenamte das politische Problem durch die Gewährung einer Sonderautonomie (2001) lösen. Viele intellektuelle Papuas arbeiteten an dem Gesetzesentwurf mit und setzten große Hoffnungen darauf, mehr Selbstverwaltung durchsetzen zu können. In den über 20 Jahren seit Beginn der Sonderautonomie wurden viele Vorgaben des Gesetzes jedoch nie umgesetzt. Die Aufteilung der Provinz Papua im Jahr 2003 in die beiden Provinzen Papua und West-Papua geschah ohne vorherige Zustimmung des Volksrates der Provinz und stellte daher bereits zwei Jahre nach Inkrafttreten der Sonderautonomie einen Verstoß gegen diese dar. Auch die weitere Aufteilung Westpapas in insgesamt sechs Provinzen im Jahr 2022 wurde aus denselben Gründen stark kritisiert.

Provinz Südwest-Papua

Provinz West-Papua

Provinz Papua

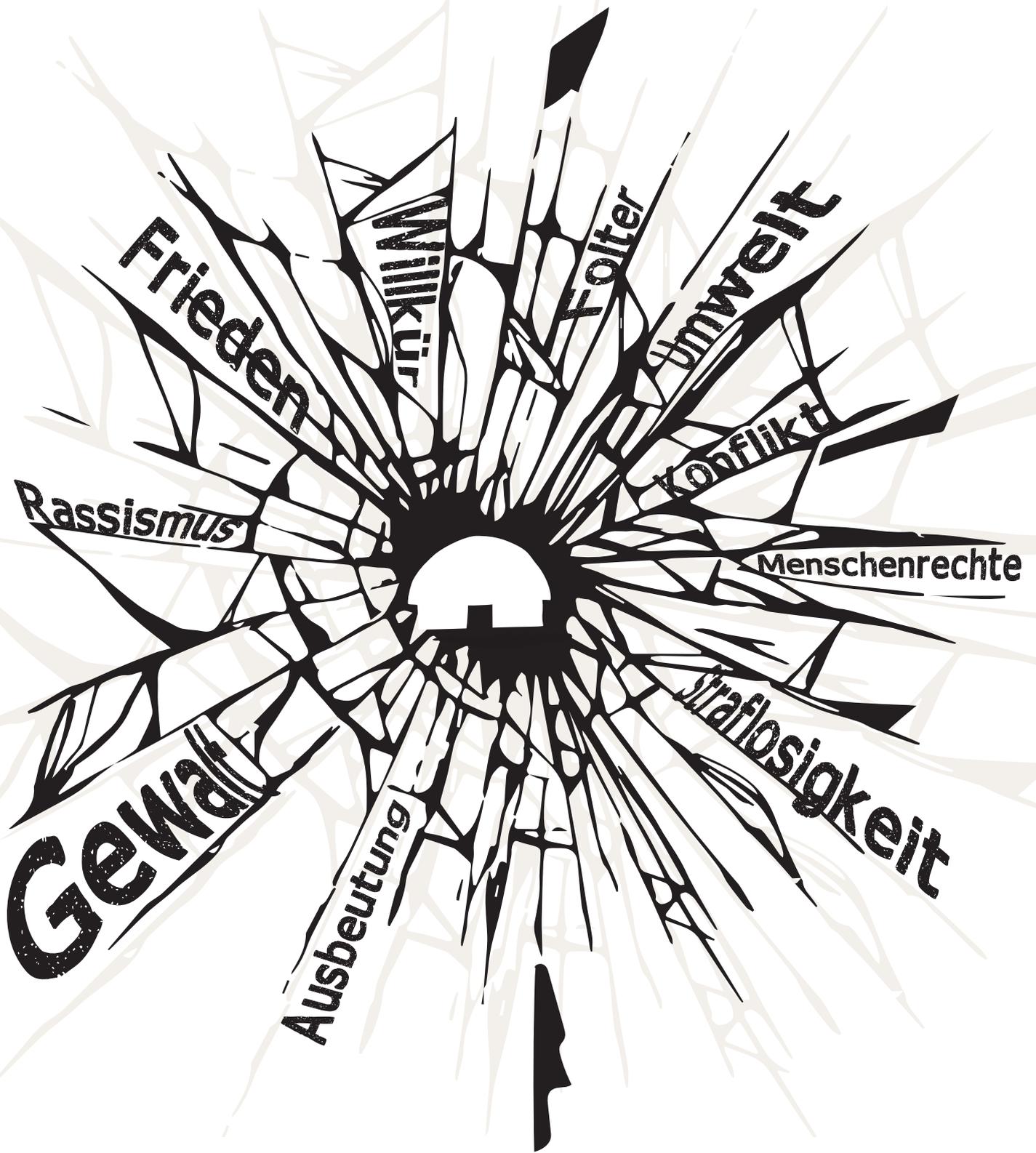
Provinz Zentral-Papua

Provinz Hochland-Papua

Provinz Süd-Papua



Karte von Westpapua
sechs Provinzen Westpapas



3. Indonesien im Jahr 2024: Demokratie im Sinkflug

Obwohl Indonesien seit dem Sturz des Suharto-Regimes 1998 demokratische Fortschritte gemacht hat, gibt es weiterhin große Herausforderungen für die Demokratie in Indonesien. Dazu zählen unter anderem Korruption, Diskriminierung von und Gewalt gegen Minderheiten, Straflosigkeit von Sicherheitskräften, der Konflikt in Westpapua und die politisierte Anwendung von Verleumdungs- und Blasphemiegesetzen. Das im Januar 2026 in Kraft tretende restriktive neue Strafgesetz wird Freiheitsrechte weiter schwächen und die Kriminalisierung von politischem Dissens erleichtern. Die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Februar 2024 verheißen dabei eine noch weitergehende Abkehr vom Menschenrechtsschutz.

Nur „teilweise frei“

Im Jahr 2024 behält Indonesien seinen Status als „teilweise frei“, so der „Freedom in the World 2024“-Report der Nichtregierungsorganisation *Freedom House*. Es wird jedoch mit 57 von 100 Punkten mit einem Punkt weniger bewertet als noch 2023. Dass die Demokratie in Indonesien vor Herausforderungen steht, zeigt sich auch in dem Vergleich zum Freedom House-Ranking vom Jahr 2017. Damals erhielt Indonesien mit 65 von 100 Punkten ganze 8 Punkte mehr als 2024. Negative Entwicklungen zeigen sich aktuell in beiden Bereichen der politischen Rechte und zivilen Freiheiten. Die Ausübung der politischen Rechte in Indonesien wird derzeit mit 29 von 40 Punkte bewertet und in den zivilen Freiheiten erhält Indonesien 28 von 40 möglichen Punkten.

Von neun internationalen Menschenrechtsübereinkommen und vier Zusatzprotokollen hat Indonesien zehn ratifiziert. Dazu zählt auch der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte², in dem unter anderem das Recht auf Leben, Verbot von Folter, Gleichheit vor dem Gesetz, Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit, Religionsfreiheit und Meinungs- und Versammlungsfreiheit festgeschrieben sind und von den Staaten auf nationaler Ebene geschützt werden müssen. Trotz dieses internationalen Bekenntnisses zur Förderung von Menschenrechten kommt es nur zu einem unzureichenden Schutz dieser auf der nationalen Ebene.

Fokus auf wirtschaftlicher Entwicklung

Demokratische Regierungsführung und der Menschenrechtsschutz haben unter der Präsidentschaft Joko Widodos (Jokowi) somit weiter an Bedeutung verloren. Die Agenda des schnellen und umfassenden Wirtschaftswachstums mit dem Fokus auf einem massiven Ausbau von Industrie- und Infrastruktur überlagert die Förderung und den Schutz von Menschenrechten und der menschlichen Sicherheit. Es werden neue Gesetze, Verordnungen und Regularien erlassen, um den Bau dieser Infrastrukturprojekte zu beschleunigen und Anreize für Investitionen zu schaffen. Arbeitsrechte und Landnutzungsrechte werden weiter aufgeweicht. Mit dem Ergebnis, dass besonders Indigene ihr Land verlieren und weiter sozial marginalisiert werden.

Kompetenzerweiterung für Sicherheitskräfte?

Das Militär weitet seine Befugnisse in Indonesien immer weiter aus. Strukturell ist es mittlerweile in jeder Provinz mit einem Regionalkommando vertreten. Auch inhaltlich gibt es immer wieder Diskussionen, die Kompetenzen zu erweitern. Bereits im vergangenen Jahr wurden Pläne bekannt, das geltende indonesische Militärgesetz von 2004 und das Polizeigesetz von 2002 zu überarbeiten. Neben einer möglichen Erhöhung des Renteneintrittsalters für Offiziere und Soldaten beziehen sich Berichten zufolge

² IPBP; auch Zivilpakt genannt.

die Vorschläge zur Änderung des Gesetzes vor allem darauf, Militärs zukünftig zu erlauben, auch zivile Aufgaben³ zu übernehmen und wirtschaftliche Tätigkeiten⁴ auszuüben. Der Artikelentwurf bleibt jedoch zunächst vage. Eine genaue Definition der zivilen Posten, die von aktiven Militärs besetzt werden können, gibt es nicht. Der Entwurf beinhaltet jedoch einen Artikel, der dem Präsidenten die Entscheidungsbefugnis gibt, aktive Militärangehörige für eine Reihe von zivilen Positionen zu ernennen.⁵ Die zivil-militärische Doppelfunktion des Militärs war ein Markenzeichen von Suhartos autoritärer Herrschaft während der gesamten Zeit der ‚Neuen Ordnung‘. Die erneute Beteiligung des Militärs an nicht-militärischen Aufgaben hat das Potential, demokratische Strukturen und Institutionen zu untergraben.

4. Die Situation der Menschenrechte in Westpapua im Jahr 2024

In ganz Indonesien sind Mängel in der Transparenz des politischen Handelns der Regierung zu finden, und Fälle von Korruption häufen sich. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit, die freie Religionsausübung, die Freiheit der Lehre und die Arbeit von NGOs werden eingeschränkt. Militärische Gewalt bleibt oft straflos und die Gleichbehandlung aller Personen wird nicht umgesetzt. Viele dieser Demokratiedefizite sind besonders in Westpapua zu finden und fast alle Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Westpapua sind indigene Papuas. Und das, obwohl indigene Papuas mittlerweile weniger als die Hälfte der Bevölkerung Westpapas ausmachen und die demographische Entwicklung auf einen anhaltenden Abwärtstrend hindeutet. Im Vergleich zu Bürger*innen aus anderen Teilen Indonesiens werden indigene Papuas nicht gleich behandelt, wenn es um das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit geht. Zusätzlich erfahren sie in ihrem Alltag Rassismus, der sich besonders in dem mangelnden Schutz ihrer justiziellen Rechte wie zum Beispiel der Gleichbehandlung vor Gericht zeigt.

Anwendung unrechtmäßiger Gewalt in Westpapua

Auch das Verbot von Folter und das Recht auf persönliche Sicherheit und Freiheit sind in Westpapua für indigene Papuas nicht garantiert. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der TPNPB-OPM und Sicherheitskräften haben seit 2018 an geografischer Ausdehnung, Intensität und Häufigkeit zugenommen. Die Sicherheitskräfte sind in Westpapua in Folter und außergerichtliche Tötungen verwickelt. Dies verstärkte sich ab 2021, nachdem die TPNPB-OPM als „Terroristen“ klassifiziert wurden und so den Strafverfolgungsbehörden mehr Befugnisse zur Verhaftung und Verfolgung gewährt wurden.

Im Jahr 2023 zählten Menschenrechtsorganisationen ca. 60 Personen, die Opfer von Folter wurden und über 100 Personen, denen andere unrechtmäßige Gewalt angetan wurde. Im ersten Halbjahr 2024 wurden bereits über 30 Personen Opfer von Folter und über 80 Personen Opfer anderer unrechtmäßiger Gewalt.

Große Aufmerksamkeit erregten Mitte März 2024 mehrere Videos, die die Folter eines indigenen männlichen Papuas durch indonesische Sicherheitskräfte zeigen. Der Mann steht dabei in einem Fass, welches bis in Höhe seiner Hüfte mit Wasser gefüllt ist. Seine Hände sind auf dem Rücken gefesselt. Mehrere Männer, mutmaßlich indonesische Sicherheitskräfte, stehen um das Fass herum und schlagen

3 Indonesia at Melbourne: Indonesia's TNI law revision: the continued rise of military politics, University of Melbourne. Online verfügbar unter: <https://indonesiaatmelbourne.unimelb.edu.au/indonesias-tni-law-revision-the-continued-rise-of-military-politics/> (abgerufen am: 29.07.2024).

4 UCA News: Church leaders oppose allowing Indonesian military to do business, 23.07.2024. Online verfügbar unter: <https://www.ucanews.com/news/church-leaders-oppose-allowing-indonesian-military-to-do-business/105795> (abgerufen am: 29.07.2024).

5 Indonesia at Melbourne, ebd.

ihn ins Gesicht. Er blutet und hat Verletzungen im Gesicht. Ein anderer Videoausschnitt zeigt, wie Schulter und Rücken des Papuas mit großen Messern durch mehrere Schnittwunden und Messerstiche schwer verletzt werden. Das Wasser in dem Fass, in dem sich der Mann befindet, verfärbt sich durch sein eigenes Blut. Er zittert. Er wird wiederholt beschimpft und unter anderem als „Hund“ bezeichnet. Es gibt unstimmgige Berichte darüber, ob der Mann die Folter überlebte. Die Videos sollen Anfang Februar 2024 im Landkreis Puncak, Provinz Hochland-Papua, entstanden sein. Zu dieser Zeit führten Sicherheitskräfte mehrere Razzien in der Region durch. Mehrere Menschenrechtsorganisationen und Aktivist*innen forderten die indonesischen Behörden auf, die Folttervorwürfe unverzüglich zu untersuchen und rechtliche Schritte gegen die Täter einzuleiten. Straflosigkeit ist immer noch weit verbreitet in Westpapua. Das Militär gab an, den Fall zu untersuchen. In einer Pressekonferenz am 26. März 2024 wurde mitgeteilt, dass insgesamt 42 Militärangehörige befragt wurden. 13 von ihnen sollen an der Tat beteiligt gewesen sein. Seitdem fehlt es jedoch an Informationen zu einer anschließenden strafrechtlichen Verfolgung der Verdächtigen. Die Namen der Verdächtigen sind nicht bekannt und auch nicht, ob es mittlerweile weitere Verdächtige gibt.

Auch die TPNPB-OPM wendet weiter Gewalt an und es ist mit großer Besorgnis zu sehen, dass immer mehr unbeteiligte Zivilist*innen in dem Konflikt zu Tode kommen oder verletzt werden. Dazu zählen auch Kinder. Bei einem zweistündigen Schusswechsel mitten am Tag zwischen indonesischen Sicherheitskräften und bewaffneten Kämpfern der TPNPB-OPM in Intan Jaya, Provinz Zentral-Papua, kam am 8. April 2024 ein zwölfjähriger Junge zu Tode. Ein sechsjähriges Mädchen wurde durch eine Kugel schwer verletzt. Beide Akteursgruppen beschuldigten sich gegenseitig, die Verantwortung zu tragen. Im Oktober 2023 griffen Unabhängigkeitskämpfer Bergleute im Bezirk Yahukimo an und töteten mindestens 13 Menschen. Anfang August 2024 wurde ein neuseeländischer Hubschrauberpilot kurz nach der Landung in dem Dorf Alama, Landkreis Mimika, Provinz Zentral-Papua, angegriffen und getötet. Sicherheitskräfte und Unabhängigkeitskämpfer beschuldigen sich gegenseitig, für den Tod des Mannes verantwortlich zu sein. Positive Nachrichten gab es in dem Fall des seit Februar 2023 von TPNPB-Kämpfern entführten neuseeländischen Piloten Phillip Mehrrens. Am 21. September 2024 wurde dieser nach mehr als 19 Monaten freigelassen. Die Freilassung verlief friedlich.

Der bewaffnete Konflikt führt dazu, dass weiterhin zehntausende Papuas auf der Flucht im eigenen Land sind. Zwischenzeitlich wurden bis zu 75.000 Binnenflüchtlinge gezählt. Diese Menschen haben keinen oder nur unzureichenden Zugang zu Nahrung, Gesundheitsversorgung und Bildung. Der Entzug all dessen ist zu einem Konfliktmittel in Westpapua geworden.

Die hohe Anzahl an zivilen Opfern bei diesen bewaffneten Zusammenstößen oder Überfällen zeigt die Ausdehnung des Konflikts auch auf Zivilpersonen. Einige Menschenrechtsverteidiger*innen fürchten, dass dadurch auch die Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen zunehmen werde. So sind besonders viele Narrative und Vorurteile über indigene Papuas fest verankert und werden weiter von staatlichen Stellen bedient.

Keine freie Presse

Westpapua ist die gefährlichste Region für Journalist*innen in Indonesien. Ausländische Journalist*innen, die die Region besuchen wollen, sehen sich mit bürokratischen Hindernissen und Ausweisungen konfrontiert. Sie erhalten nahezu keinen Zugang, um in die Region zu reisen. Auch für nationale Medien ist es schwierig, uneingeschränkt über Westpapua berichten zu können und Zugang zu Informationen zu erhalten. Hinzu kommt das Problem, dass es seit einigen Jahren immer mehr Falschmeldungen bzw. einseitige Berichterstattungen zu der Situation in Westpapua gibt. Internetsperren während Protesten und Selbstzensur behindern die nationale und regionale Pressearbeit zu Westpapua. Journalist*innen, die über heikle Themen wie die Gewalt der Sicherheitskräfte, Landraub und Korruption berichten, sind Schikanen, Gewalt und Drohungen ausgesetzt. Im Januar 2023 wurde vor dem Haus des papuanischen Journalisten Victor Mambor ein Sprengsatz gezündet. Eine Untersuchung durch die Polizei wurde mangels Verdächtigen im Mai 2024 eingestellt. Das *Press Legal Aid Institute* und die *Papua Press Legal Aid Association* stellten daraufhin einen Antrag, um die Einstellung der Untersuchung anzufechten. Das

Bezirksgericht in Jayapura lehnte diesen im Juli 2024 ab. Verschiedene Menschenrechtsverteidiger*innen und Vertreter*innen der Presse kritisierten diese Entscheidung. Die nicht ausreichende Sorgfalt in der Ermittlung von Verdächtigen könne die Schwelle der Gewalt gegenüber Journalist*innen verringern und die Angst bei Journalist*innen weiter verschärfen.

Einschränkungen in der Freiheit der Lehre in Westpapua

Die Bedrohungen der akademischen Freiheit haben in den letzten Jahren zugenommen. Hardliner-Gruppen und andere sind dafür bekannt, dass sie in Westpapua z.B. Diskussionen über die Papua-Politik, über interreligiöse Themen oder auch über Polizeigewalt unterbinden möchten. Öffentliche akademische Diskussionen über Westpapua wurden abgesagt und die Organisator*innen überwacht und bedroht. Studierende, Leiter*innen von Studierendengewerkschaften und andere, die an Protesten auf dem Campus im Zusammenhang mit Westpapua beteiligt sind, sehen sich weiterhin Einschüchterungen, Verhaftungen und Anklagen wegen Hochverrats ausgesetzt.



Einschränkungen in der Meinungs- und Versammlungsfreiheit

In Westpapua werden regelmäßig Personen überwacht und/oder festgenommen, die über Separatismus in Westpapua diskutieren oder die Morgensternflagge zeigen. Anfang Mai wurden mindestens sechs Schüler*innen in Nabire (Provinz Zentral-Papua) während einer Abschlussfeier der Oberschule von der Polizei verhaftet. Die Schüler*innen feierten ihren Schulabschluss mit einer Parade auf der Straße und trugen dabei ihre Schuluniformen. Einige von ihnen malten Motive der Morgensternflagge auf ihre Uniformen. Bei der Verhaftung der Schüler*innen soll es auch zu Gewaltanwendungen durch die Sicherheitskräfte gekommen sein. Oft kommt es in solchen Fällen zu Anklagen wegen Hochverrats und zu langen Haftstrafen. In den letzten Jahren wurden Proteste zunehmend auch durch Störungen des Internets unterbrochen. Versammlungen in Westpapua, die sich mit sensiblen politischen Themen befassen, werden regelmäßig aufgelöst, wobei die Teilnehmer*innen mit Einschüchterung oder Gewalt durch Sicherheitskräfte konfrontiert sind.

Mangelnder Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen

Aktivist*innen, die sich gegen Menschenrechtsverletzungen in Westpapua einsetzen oder Korruption aufdecken, werden häufig von den Behörden verfolgt. Im Jahr 2022 wurden die Menschenrechtsaktivist*innen Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti wegen Verleumdung eines Regierungsministers angeklagt. Die Anklage bezog sich auf ein YouTube-Video aus dem Jahr 2021, in dem Azhar und Maulidiyanti die Beteiligung des Militärs an Bergbauaktivitäten in Westpapua diskutierten. Der Prozess begann im April 2023. Anfang Januar 2024 wurden die beiden Aktivist*innen freigesprochen.

Am 17. Juli 2024 wurde auf offener Straße auf den Anwalt und Menschenrechtsaktivisten Yan Christian Warinussy geschossen. Er wurde durch eine Kugel – mutmaßlich ein Luftgewehrprojektil – verletzt, überlebte den Angriff jedoch. Warinussy ist in Westpapua ein angesehener Anwalt und setzt sich seit vielen Jahren für den Menschenrechtsschutz in Westpapua ein. Er leitet das Forschungsinstitut für „Legal Aid Assessment and Development“ (LP3BH) in Manokwari. 2005 wurde er für seinen Einsatz mit dem in Kanada verliehenen *John Humphrey Freedom Award* geehrt. Mit dieser Auszeichnung wurden seine Bemühungen



gewürdigt, grobe Menschenrechtsverletzungen in Westpapua aufzudecken und die Rechte der Ausgegrenzten zu verteidigen, obwohl er selbst immer wieder eingeschüchtert und bedroht wurde. Ende Juni 2024 gab Yan Christian Warinussy das Eingangsstatement zu der Geschichte Westpapas im Rahmen des „*Permanent People’s Tribunal on State and Environmental Violence in West Papua*“ ab. Sein Aufruf an das Richterergremium in London: „*We hope to bring Justice*“. Nachdem es 2023 bereits mit einem Bombenangriff auf das Haus des Journalisten Victor Mambor einen gewaltsamen Angriff auf einen Journalisten in Westpapua gab, ist dieser Schusswaffenangriff auf einen Juristen die nächste Eskalationsstufe und Zeugnis davon, dass – egal welcher Berufsstand – Menschenrechtsaktivist*innen in Westpapua gezielt angegriffen werden.

Dass Angriffe aber nicht immer mit Bomben oder Schusswaffen geschehen, sondern auch auf subtile Art und Weise erfolgen können, die das Ziel haben, Angst zu schüren, erlebte eine Menschenrechtsverteidigerin im Sommer 2024. Die aus Maybrat stammende Aktivistin berichtete bei einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf im Juni 2024 über die Situation der Binnenflüchtlinge in Maybrat. In den Wochen und Monaten darauf erlebten sowohl sie als auch mehrere Familienmitglieder mehrfach Fälle von Überwachungen und Befragungen. Unbekannte besuchten sie unangekündigt zu Hause, erkundigten sich per Telefon über Namen und Familienstand, Drohnen flogen über Grundstücke, Autos standen längere Zeit vor Häusern der Familie, Restaurantbesuche wurden durch Befragungen unterbrochen und Sicherheitskräfte nahmen „zufällig“ denselben Flug wie die Aktivistin. In Konsequenz zogen Teile der Familie daraufhin um.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Laut offiziellen Zahlen von BPS-Statistics Indonesia⁶ zeigt Indonesiens *Human Development Index* (HDI)⁷ aus dem Jahr 2023 den Wert 74,39 (2022: 73,77). Auffallend ist, dass die nunmehr sechs Provinzen in Westpapua in der indonesischen HDI-Statistik von 2023 immer noch als zwei gewertet werden: Provinz West-Papua und Provinz Papua. So wird (der in der Statistik noch nicht aufgeteilten Provinz) West-Papua ein HDI-Wert von 67,47 zugesprochen und (der in der Statistik noch nicht aufgeteilten Provinz) Papua ein HDI-Wert von 63,01. Westpapua ist weiter das Schlusslicht in dem Index der menschlichen Entwicklung in Indonesien. Die Marker der Lebenserwartung, der voraussichtlichen Dauer des Schulbesuchs und der tatsächlichen Dauer des Schulbesuchs und dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf sind deutlich geringer als dieselbigen in anderen Provinzen Indonesiens.

Auch wenn in der Gesamtbetrachtung der HDI-Wert in Westpapua heute höher ist als noch im Jahr 2010 und nun nicht mehr als „niedrig“ sondern als „medium“ eingestuft wird – auch in anderen Provinzen Indonesiens ist der Wert gestiegen – wird jedoch im Vergleich zu anderen Provinzen deutlich, dass das Missverhältnis in der Gesamtschau des HDI weiter ähnlich hoch ist. Der von der indonesischen Regierung behauptete Wohlstand in Westpapua ist trotz der vielen Gelder aus Jakarta nicht für alle erreicht worden. Die Papuas leben weiterhin in der strukturschwächsten Region Indonesiens. Und dennoch zeigen sich auch in Westpapua Unterschiede. Besonders stark ist dies am Missverhältnis von Landkreisen im Hochland zu urbaneren Gegenden in Westpapua zu sehen.⁸ Während die Hochlandregion nahezu durchgehend einen „niedrigen“ HDI-Wert aufweist, lässt sich im Landkreis Jayapura sogar ein „sehr hoher“ HDI-Wert aufzeigen. Andere Regionen wie der Landkreis Manokwari oder Sorong haben einen „hohen“ HDI-

6 BPS-Statistics Indonesia, Indonesia’s Human Development Index in 2023 reached 74.39, an increase of 0.62 points (0.84 percent) compared to previous year (73.77), verfügbar unter: <https://www.bps.go.id/en/pressrelease/2023/11/15/2023/indonesias-human-development-index-in-2023-reached-74-39-an-increase-of-0-62-points--0-84-percent--compared-to-previous-year--73-77-.html> (abgerufen am: 19.07.2024).

7 Index der menschlichen Entwicklung (englisch: Human Development Index, HDI) erfasst die durchschnittlichen Werte eines Landes in grundlegenden Bereichen der menschlichen Entwicklung. Bei seiner Berechnung werden nicht nur ausschließlich ökonomische Kennzahlen verwendet, sondern vielmehr eine Vielzahl von Aspekten des menschlichen Lebens berücksichtigt.

8 List of Indonesian provinces by Human Development Index, verfügbar unter: https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_Indonesian_provinces_by_Human_Development_Index (abgerufen am: 19.07.2024).

Wert. Die Gründe sind in der Transmigration nach Westpapua zu finden. Indonesier*innen aus anderen Regionen Indonesiens siedeln sich primär in urbaneren Gegenden an oder dort, wo Industrien verankert sind und Arbeitsplätze geschaffen werden. Genau diese Gegenden sind in Westpapua auch die, die die beste Infrastruktur haben und mehr Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen vorweisen können. Die meisten indigenen Papuas leben jedoch außerhalb dieser Bezirke.

In den anderen Bezirken, wo vermehrt indigene Papuas leben, fällt auf, dass der Entzug von Bildung und von Gesundheit immer mehr als Konfliktmittel durch die indonesischen Sicherheitskräfte eingesetzt wird. Seit mehreren Jahren häufen sich die Berichte, dass das Militär Schulen im Hochland besetzt. Wenn indigene Papuas vor dem bewaffneten Konflikt ihre Häuser und Dörfer verlassen, bleibt das Militär oft vor Ort und baut Kommandozentralen auf. Immer öfter werden die Schulgebäude dafür benutzt. Kommen die Flüchtlinge also wieder zurück, ist das Militär immer noch vor Ort und nimmt den Raum ein, der für Bildung geschaffen wurde. In anderen Fällen wurde auch davon berichtet, dass Militärangehörige als Lehrer eingesetzt werden. Neben dem Schulunterricht sollen sie auch außerhalb der Schule „Wissen“, z.B. über das soziale Miteinander vermitteln. Wie sollen Papua-Kinder, die mit der Gewalt des Militärs aufgewachsen sind, von diesem beschult werden und etwas über ein respektvolles Miteinander lernen? Anstatt Traumata zu beenden, werden diese immer wieder neu aufgebrochen.

Dasselbe findet sich auch im Gesundheitssektor wieder. Ende Mai 2024 wurde ein Fall bekannt, wo Polizei- und Militärkräfte Teile eines Krankenhauses in Paniai, Provinz Zentral-Papua, besetzt hatten. Da kein medizinisches Personal daraufhin mehr im Einsatz war, verließen die meisten der Patient*innen das Krankenhaus. Sechs Kinder, die stationär weiterbehandelt werden mussten, wurden in ein anderes Krankenhaus verlegt.

All diese Beispiele zeigen, wie sehr der bewaffnete Konflikt auf unbeteiligte Zivilist*innen ausgedehnt wird. Das Militär weitet seine Befugnisse in Westpapua bereits seit Langem auf zivile Bereiche aus. Neben dem Gesundheits- und Bildungssektor legte eine NGO-Studie von 2021⁹ auch offen, dass es direkte Verbindungen zwischen z.B. Bergbauaktivitäten und anderem wirtschaftlichem Extraktivismus und militärischen Aktivitäten in Westpapua gibt. Der Konflikt wird dadurch unsichtbarer, die Diskriminierung der Papuas subtiler. Das Ergebnis bleibt dasselbe: Indigene Papuas werden nicht selbstermächtigt und ihre Rechte werden nicht umfangreich geschützt. Sie werden „klein“ gehalten und zum Spielball staatlicher Interessen gemacht. Oder anders gesagt: ihre Menschenwürde wird verletzt.

Die juristische Aufarbeitung schwerer Menschenrechtsverletzungen

Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen in Westpapua ist weiterhin stark verbreitet. Noch viel zu selten werden Täter – besonders Vertreter des Militärs oder der Polizei – gerichtlich angeklagt und auch dem Ausmaß ihrer Taten nach entsprechend verurteilt. Viel zu oft werden die Opfer zu Tätern gemacht und die Täter zu rechtmäßig Handelnden.

Der indonesische Menschenrechtsgerichtshof verhandelte 2022 zum ersten Mal seit 2004 einen Fall, in dem ein inzwischen pensionierter Militäroffizier beschuldigt wurde, im Jahr 2014 Demonstrant*innen aus Westpapua unrechtmäßig getötet zu haben. Der Fall, auch bekannt als „Bloody Paniai“, weckte große Hoffnungen auf eine gerichtliche Aufarbeitung und strafrechtliche Sanktionen für Militärs, die an Menschenrechtsverletzungen in Westpapua (mutmaßlich) beteiligt waren. Der Angeklagte wurde jedoch freigesprochen. Der Paniai-Fall ist erst das vierte schwere Menschenrechtsverbrechen, das in Indonesien vor Gericht verhandelt wurde. In allen Fällen wurden die Angeklagten freigesprochen.

Im Januar 2023 räumte der indonesische Präsident Joko Widodo „grobe Menschenrechtsverletzungen“ in der Geschichte seines Landes ein und versprach, eine Wiederholung zu verhindern. Die

⁹ Westpapua-Netzwerk: NGO-Studie belegt wirtschaftliche Interessen hinter illegalen Militäroperationen in Intan Jaya. Online verfügbar unter: <https://westpapuanetz.de/informieren/ngo-studie-belegt-wirtschaftliche-interessen-hinter-illegalen-militaeroperationen-in-intan-jaya> (abgerufen am: 29.07.2024).

Regierung sei bestrebt, die Rechte der Opfer „auf faire und vernünftige Weise wiederherzustellen, ohne dabei eine gerichtliche Lösung zu vernachlässigen“, so Präsident Jokowi, ohne jedoch näher darauf einzugehen, wie dies geschehen solle. „Ich werde mich mit ganzem Herzen dafür einsetzen, dass sich grobe Menschenrechtsverletzungen in Zukunft nicht wiederholen“, fügte er hinzu. Menschenrechtsorganisationen in Indonesien betrachteten diese Aussagen lediglich als Wahlversprechen im Zuge der Präsidentschaftswahlen von Februar 2024. Die Tatsache, dass sich der Fokus der darin enthaltenen Zusagen auf außergerichtliche Schlichtungsverfahren bezieht und lediglich die Rede davon war „[...] die Rechte der Opfer auf faire und vernünftige Weise wiederherzustellen, ohne eine gerichtliche Einigung zu negieren“, wurde als implizite, an die Täter*innen gerichtete, Beruhigungsformel verstanden, sie auch künftig strafrechtlich unbehelligt zu lassen.

5. Umweltschutz in Westpapua

Westpapua beheimatet den weltweit drittgrößten noch zusammenhängenden Regenwald (nach dem Amazonas-Gebiet und dem Kongo-Becken). Gleichzeitig ist die Insel Neuguinea (aufgeteilt in den indonesischen Teil Westpapua und den unabhängigen Staat Papua-Neuguinea) die gebirgigste und größte Tropeninsel der Welt mit schneebedeckten Gipfeln, die bis zu 5.000 Meter hoch sind. Eine Studie vor einigen Jahren kam zu dem Ergebnis, dass Neuguinea die größte endemische Pflanzenvielfalt der Welt hat. „Es ist ein Paradies, in dem es vor Leben wimmelt“, so ein Forscher der Studie im Jahr 2020.

Der Erhalt dieses Paradieses ist jedoch seit Jahren gefährdet. Wie in den anderen Regionen Indonesiens setzt sich besonders in Westpapua der Trend fort, Menschenrechte dem Wirtschaftswachstum unterzuordnen. Gold, Kupfer und andere Erze, Gasvorkommen, tropische Hölzer und das Potenzial für große Agrarflächen machen Westpapua für nationale und internationale Bergbau- und Agrarkonzerne besonders reizvoll und erklären das starke wirtschaftliche und damit einhergehende politische Interesse an der Region. Seit mehreren Jahrzehnten bedienen sich indonesische und ausländische Firmen an den Ressourcen Westpapas. Die in Westpapua erwirtschafteten Gewinne fließen oft ins Ausland oder in andere Teile Indonesiens. Der seit Jahren von der indonesischen Zentralregierung präferierte Entwicklungsansatz in Westpapua fokussiert sich auf Infrastrukturmaßnahmen und die Lizenzvergabe an ausländische Investoren. Korruption sowie Manipulation und Einschüchterung der indigenen Bevölkerung im Zusammenhang mit der Landrechtenutzung nehmen dabei weiter zu. Regelmäßig berichten Betroffene über Unstimmigkeiten in den Genehmigungsverfahren. Umweltverträglichkeitsanalysen werden nicht korrekt durchgeführt und Genehmigungen nachträglich umgewidmet, um die Flächen für andere Agrarprojekte zu nutzen, die wirtschaftlich ertragreicher sind.



So plant Indonesien derzeit die Umwandlung von Millionen von Hektar Land in der Provinz Süd-Papua. Gigantische Zuckerrohrplantagen sollen die Selbstversorgung der Region mit Zucker sichern und damit verbunden die Herstellung des flüssigen Kraftstoffs Bioethanol ermöglichen. Angesichts des steigenden Zuckerkonsums in Indonesien und der damit einhergehenden Zunahme der Importe kündigte Präsident Joko Widodo im Jahr 2020 einen Plan an, wonach das Land innerhalb eines Jahrzehnts Selbstversorger bei diesem Rohstoff werden soll. Dazu sollen Anbauflächen und Fabriken im ganzen Land verteilt werden. Prabowo Subianto, der zukünftige Präsident Indonesiens, setzte in seinem Wahlkampf auch auf das Versprechen, in der Zukunft vermehrt auf Biokraftstoffe zu setzen und die Abhängigkeit Indonesiens von Kohle zu reduzieren. Das Zucker-Bioethanol-Projekt in Merauke soll eine riesige Fläche umfassen (bis zu 2 Millionen Hektar) und mehrere Milliarden US-Dollar an Investitionen anziehen. Indigene Gemeinschaften und Umweltschützer*innen befürchten jedoch, dass das Projekt im Landkreis Merauke, Provinz Süd-Papua, zu Landraub, Umweltschäden und der Zerstörung traditioneller Lebensgrundlagen führen wird.

„Indonesien will nicht uns Papuas, sondern unser Land“ sind sich die Papuas einig und die Verflechtung von Akteur*innen aus Politik, Militär und Wirtschaft haben dabei weitreichende Auswirkungen auf den Umweltschutz in Westpapua. Infrastrukturprojekte in Westpapua haben den Verlust indigener Landrechte und von Traditionen und Kultur zur Folge, auch mit Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit. Neben der akuten Umweltverschmutzung, wie sie in großem Maße seit langem z.B. schon durch den Betrieb der Freeport-Mine stattfindet, besteht die Sorge, dass durch die einhergehende Entwaldung in Westpapua Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre freigesetzt und damit die Auswirkungen der Klimakrise verschärft werden.

Fordert die Bevölkerung ihr Mitspracherecht ein oder widerspricht Landumnutzungen, kommt es immer wieder zu (auch schweren) Menschenrechtsverletzungen. Indigene Papuas werden mit wirtschaftlichem Wohlstand und der Aussicht auf Jobs in den neuen Plantagen gelockt. Die Realität sieht jedoch anders aus: Es sind überwiegend Migrant*innen aus anderen Teilen Indonesiens, die diese Jobs besetzen. Die Papuas – wenn sie denn zu Beginn tatsächlich angestellt werden – verlieren ihre Jobs meist wieder schnell. Oftmals auch mit der Begründung, sie seien zu ungebildet bzw. schlecht ausgebildet. Ein Investment in berufliche Ausbildungen und Qualifikationen der indigenen Papuas findet jedoch auch nicht statt. Stattdessen steigt auf der Seite der indigenen Papuas der Unmut über die Infrastrukturprojekte und die falschen Versprechungen.

Wer öffentlich Kritik am Ressourcenabbau äußert, die Rolle der Sicherheitskräfte oder politischer Entscheidungsträger*innen hinterfragt, riskiert Arrest und juristische Verfolgung. Dennoch ist der Umwelt-Aktivismus weiterhin ungebrochen in Westpapua. Der Erhalt des Waldes als Nahrungsquelle, als eine symbolische „Mutter, die Leben schenkt“ ist eng mit dem Überleben der indigenen Papuas verknüpft: „Verschwindet der Wald, verschwinden auch wir“. Der Ökozid beschleunigt das „Verschwinden“ der Papuas. Die staatlich angewendete Gewalt in Westpapua und die Präsenz neuer Industrien erwecken bei den Papuas daher das Gefühl, dass ihr Überleben nicht von Bedeutung sei. Kinder, die in dieser Gewalt aufwachsen und sehen, wie ihre Väter gefoltert und ihren Müttern sexuelle Gewalt angetan wird – durch indonesische Sicherheitskräfte – seien dann später diejenigen, die als Erwachsene selber zu Gewalt greifen und sich gegen die indonesische Regierung auflehnen würden. Ein nicht enden wollender Kreislauf.



6. Internationale Aufmerksamkeit durch Papua-Tribunal

Ende Juni 2024 fand für drei Tage an der Queen Mary University of London das „*Permanent People's Tribunal on State and environmental violence in West Papua*“ statt. Das *Permanent People's Tribunal* (PPT) wurde eingerichtet, um ungehörte Fälle von Menschenrechtsverletzungen aufzuklären. Es wird auf Ersuchen der Zivilgesellschaft aktiv und wird als zugänglichere Form der Justiz genutzt, wenn schwerwiegende systematische Menschenrechtsverletzungen durch Regierungen, institutionelle und private Akteure vorliegen oder vorlagen und denen in nationalen, regionalen oder internationalen Gerichtsverfahren nicht abgeholfen werden kann. Das PPT ist zuständig für Staatsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit, Verbrechen des Völkermordes und grobe und systematische Verletzungen der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen, Völkern und Minderheiten. „Moderne Kolonialisierung macht Leute unsichtbar“, dem wolle das PPT entgegensteuern, so Gianni Tognoni, Generalsekretär des PPT, in seinem Eingangsstatement in London.

An insgesamt drei Tagen berichteten knapp 30 Zeug*innen über die Menschenrechtslage und die Umweltzerstörungen in Westpapua. Aktuelle Geschehnisse wie die Gewalt der Sicherheitskräfte und die anhaltende Stationierung von Militär in Westpapua, die Situation der Binnenflüchtlinge und die Auswirkungen der Umweltzerstörungen für indigenes Leben und Überleben wurden ebenso thematisiert wie vergangene Menschenrechtsverbrechen. Ein Großteil der Zeug*innen wurde live aus Westpapua zugeschaltet. Menschenrechtsverteidiger*innen, Anwält*innen und Zeitzeug*innen schilderten in eindrücklichen Statements ihre oftmals ganz persönlichen Gewalterfahrungen. Ergänzt wurden diese Aussagen mit Berichten von Vertreter*innen internationaler NGOs oder aus der Wissenschaft. Alle waren sich einig: die Stimmen der Papuas werden weiterhin nicht gehört, falsche Narrative bleiben bestehen und Gerechtigkeit findet keinen Platz in Westpapua. Bis heute fühlen sich die Papuas wie Gefangene im eigenen Land, wie ein Stiefkind, das schlechter behandelt wird als andere, so eine Zeugin. Der Verlust von Sprache, Kultur und traditioneller Ernährung ist gepaart mit dem gezielten Entzug von Bildung und Gesundheit und dem Erleben einer „unmenschliche[n] Gewalt“.

Das siebenköpfige Richter*gremium des PPT, welches sich aus Vertreter*innen der Rechtswissenschaft, der universitären Lehre, unabhängigen Forschungsinstituten und der Presse zusammensetzte, richtete sich im Anschluss an das PPT mit einer Nachricht an die Papuas.

Die Berichte und die Zeug*innenaussagen, „die wir während der drei Tage dieser Sitzung gehört haben, zeichnen ein Bild einer menschlichen und ökologischen Katastrophe, die niemanden gleichgültig lassen sollte. Alle Informationen, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, können in der Tat als verheerender Angriff auf das Leben und die Lebensgrundlagen der Papuas bezeichnet werden“ so das Gremium.

Besonders der Mut der Papuas, trotz der Bedrohungen und Gewalt, weiter über ihre Situation zu sprechen, beeindruckte das Tribunal. „Mit großer Demut haben wir Ihre Zeugnisse und Ihre schmerzlichen Geschichten in Anbetracht dieser immensen Erniedrigung, Verwüstung und Straflosigkeit gelesen und gehört.“ Dieser Mut sei inspirierend und stärkend und nehme uns alle in die Pflicht, dafür zu arbeiten, diese Stärke der Papuas zu bewahren und sie in ihrem Einsatz zu unterstützen. Man habe die Dringlichkeit zur Kenntnis genommen und betrachte alles, was die Papuas zum Schutz ihres heiligen Landes und ihrer Kultur getan haben mit großer Bewunderung, schließt das Richter*gremium das Statement.

Auch nach dem Angriff auf Yan Christian Warinussy Mitte Juli 2024 reagierte das PPT und drückte seine tiefe Verurteilung derjenigen aus, die für den Angriff verantwortlich sind. Man werde diesen Vorfall für das finale PPT-Urteil genau untersuchen, um die Situation der Menschenrechtsverteidiger*innen in Westpapua sichtbar zu machen und gleichzeitig die Anerkennung der unantastbaren Rechte der Völker Westpapuas auf ein Leben in Würde zu bekräftigen, so das PPT. Das finale „Urteil“ des PPT zu Westpapua wird für September erwartet.¹⁰

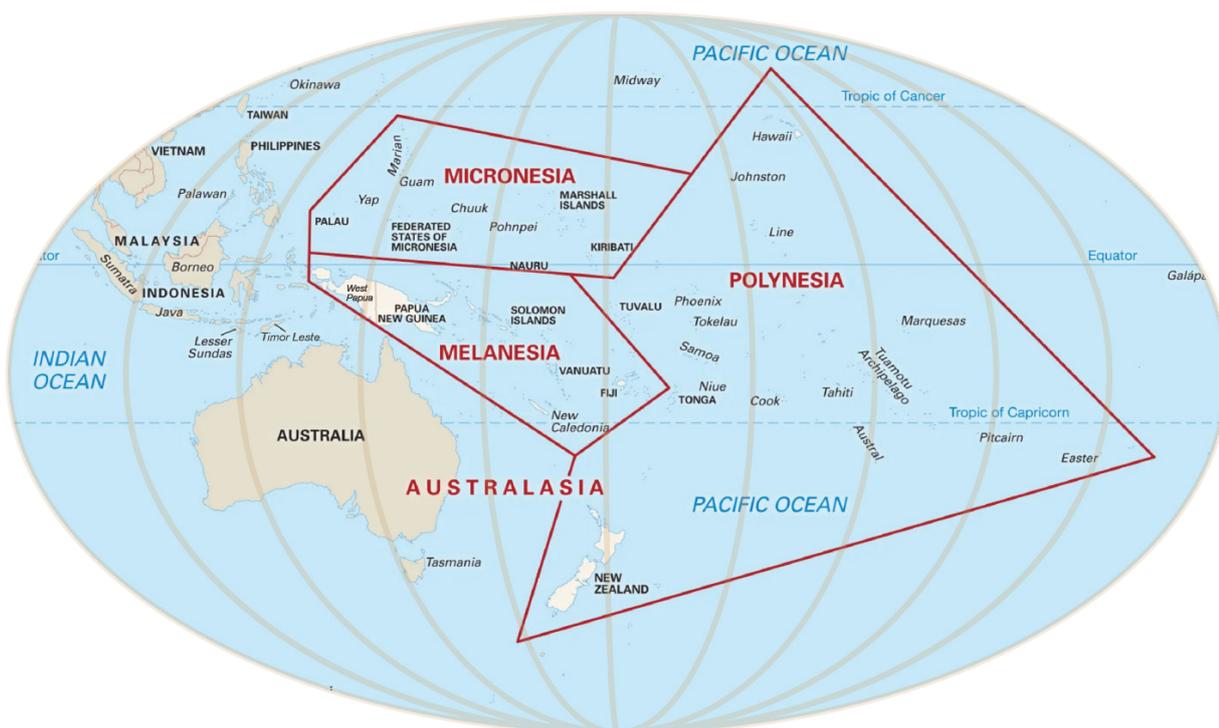
¹⁰ Lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

7. Westpapua und Ozeanien: Indonesische Geopolitik

Politisch gehört Westpapua zu Indonesien. Geographisch betrachtet zählt es jedoch zu Ozeanien und auch die indigenen Papuas selbst fühlen sich mit dem Kulturraum Ozeaniens mehr verbunden als mit dem südostasiatischen. Die Papuas sehen äußerlich anders aus als der Großteil der anderen Indonesier*innen, sprechen eine Vielzahl unterschiedlicher Sprachen und haben eigene Traditionen und eine eigene Geschichte, die viele Gemeinsamkeiten mit den ozeanischen Nachbarländern der Subregion Melanesien aufweisen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass über die vergangenen Jahrzehnte besonders Ozeanien zu einem Raum wurde, in dem die Papuas Unterstützung suchten, den aber auch mittlerweile Indonesien geopolitisch mehr und mehr für sich zu nutzen weiß.

Kritik gehört – Kritik nicht angenommen

Auf dem Parkett der UN stehen seit vielen Jahren besonders die Inselstaaten Ozeaniens hervor, die in ihren Statements und in an Indonesien gerichteten Empfehlungen eine Verbesserung der Situation in Westpapua fordern. Im UPR-Verfahren von 2022 waren von den acht Staaten, die spezifische Empfehlungen zu Westpapua an Indonesien richteten, die Hälfte aus Ozeanien (Australien, Neuseeland, Vanuatu, die Marshallinseln). Sie sprachen den Besuch des OHCHR (Büro des Hochkommissars für Menschenrechte) in Westpapua an, forderten einen inklusiven Dialog mit den Papuas, thematisierten die Verantwortung zum Schutz der Versammlungs-, Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Rechte von Frauen und Minderheiten in Westpapua und forderten eine transparente Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen dort. Auch im Rahmen der UN-Generalversammlung äußern Pazifik-Staaten regelmäßig ihre Besorgnis über die Menschenrechtslage in Westpapua. So zum Beispiel 2021 als Vanuatu und Papua-Neuguinea einen Besuch des OHCHR in Westpapua forderten. 2019 forderte bereits das Pacific Island Forum Indonesien dazu auf, einen Besuch des OHCHR in Westpapua zügig umzusetzen, nachdem Indonesien diesen im Jahr 2018 bereits zugesagt hatte. Geschehen ist bis heute nichts. Internationale Beobachter*innen erhalten weiter keinen Zugang nach Westpapua und Indonesien nahm keine der Empfehlungen im UPR-Verfahren 2022 an, die einen Besuch des OHCHR einforderten. Vielmehr versucht Indonesien, seinen Einfluss auch auf Ozeanien zu vergrößern, um die Kritik an der eigenen Papua-Politik mehr und mehr verstummen zu lassen. Mit ersten Erfolgen.



Ozeanien wird leiser – Indonesien wird lauter

Einen Rückschlag in der Unterstützung Ozeaniens spürte Westpapua im August 2023. Die Vereinigte Befreiungsbewegung für Westpapua (ULMWP) hatte seit Längerem darauf gedrängt, assoziiertes oder gar Vollmitglied der *Melanesian Spearhead Group* (MSG) zu werden, zu der die Salomonen, Fidschi, Vanuatu, Papua-Neuguinea sowie die FLNKS¹¹ aus Neukaledonien gehören. Die ULMWP hat dort bereits seit Mitte 2015 einen Beobachterstatus. Allerdings wurde damals zugleich der Beobachterstatus von Indonesien auf eine assoziierte Mitgliedschaft ausgeweitet.¹²

Eine assoziierte Mitgliedschaft oder gar Vollmitgliedschaft der ULMWP in der MSG hätte der Organisation einen sichtbaren diplomatischen Sieg in ihrem Streben nach internationaler Anerkennung gebracht und ist auch der Wunsch vieler Papuas. Während die meisten melanesischen Regierungen jedoch zunächst öffentlich unverbindlich zu dieser Idee blieben, sprachen indonesische Diplomaten sich bei der Sitzung der MSG im August 2023 deutlich gegen die ULMWP als assoziiertes Mitglied in der MSG aus und verließen den Raum, als ULMWPs Benny Wenda vor der Versammlung sprechen wollte. In dem MSG-Abschlusskommuniqué vom 25. August 2023 hieß es dann, die ULMWP erfülle die „bestehenden Kriterien“ nicht und die Gruppe könne in dieser Frage keinen „Konsens“ erzielen. Die Enttäuschung über diese Entscheidung war bei vielen sehr groß, die fest mit einer Mitgliedschaft gerechnet hatten. Als „ein im Stich lassen“, eine „vergebene goldene Chance“ und als „eine Untergrabung der Glaubwürdigkeit und Solidarität der Melanesier“ für die Menschenrechte in Westpapua wurde dies unter anderem bezeichnet. Andreas Harsono (*Human Rights Watch Indonesia*) kritisierte diese Entscheidung als „Versagen der MSG gegenüber den Papuas“. Wären Indonesien und die ULMWP beide Mitglied der MSG hätte man ein Forum für einen Dialog und Austausch schaffen können.

„Ohne einen Dialog werden die Probleme weiter anhalten und sowohl für die indonesische Regierung als auch für die Zivilbevölkerung, heute und in der Zukunft, eine anhaltende Last darstellen. Ohne einen Dialog werden wir die Probleme in Westpapua niemals beenden können, Menschenrechtsverletzungen werden nie gestoppt werden und die Zerstörung der Umwelt in Westpapua wird niemals ein Ende finden.“¹³

Dennoch bemühte sich die MSG darum, einen Besuch des OHCHR in Westpapua voranzutreiben und beauftrage Fidschi und Papua-Neuguinea damit, dies gemeinsam mit der UN umzusetzen. Bisher ohne Erfolg. Ein Besuch des Premierministers aus Papua-Neuguinea (PNG) im Juli 2024 in Indonesien lässt zudem Fragen offen, ob und wie dies überhaupt Gegenstand der bilateralen Gespräche gewesen ist. Ein weiterer Besuch eines hochrangigen Diplomaten Ozeaniens nach Westpapua blieb ebenfalls ohne Erfolg für die Belange der indigenen Papuas. Leonard Louma, Generaldirektor der MSG, und weitere Delegierte besuchten Westpapua im Juni 2024. Weder die ULMWP, die ja offiziell einen Beobachter-Status in der MSG hat, wurde über diesen Besuch informiert, noch wurden Treffen mit Vertreter*innen indigener Papuas organisiert, wie Kirchen, Journalist*innen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Leonard Louma soll die Situation in Westpapua als „stabil und förderlich“ bezeichnet haben.¹⁴

Menschenrechtsverteidiger*innen sehen diesen von Indonesien gesponserten Besuch als taktisches Vorgehen Indonesiens an, um die kritischen Stimmen aus dem Pazifik weiter zu minimieren. Neben solchen diplomatischen Besuchsreisen beteiligt sich Indonesien seit längerem auch an wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Förderprogrammen mit Ozeanien. Diese Kooperationen sollen zum einen

11 Die FLNKS ist ein für die Unabhängigkeit eintretendes Bündnis politischer Parteien in Neukaledonien, das 1984 gegründet wurde. Die meisten ihrer Anhänger gehören der indigenen Bevölkerung der Kanak an, aber auch andere ethnische Gemeinschaften sind vertreten.

12 Indonesien warb bei den MSG-Mitgliedern damit, dass es nicht bloß in Westpapua, sondern auch auf den Molukken und den Kleinen Sunda-Inseln melanesisch-stämmige Bevölkerung geben würde. Das Argument ist fragwürdig, denn die Bevölkerung in den letztgenannten Gebieten ist überwiegend muslimisch.

13 Interview des Westpapua-Netzwerkes mit Andreas Harsono. Siehe auch: Westpapua-Journal 2/2023. <https://westpapuanetz.de/informieren/die-zukunftsige-rolle-von-indonesien-in-der-welt-wpn-interview-mit-andreas-harsono-hrw> (abgerufen am 31.10.2024).

14 Stefan Armbruster, Victor Mambor and BenarNews staff: Indonesia accused of subverting Pacific push for UN rights mission to Papua, Benar News, 27.06.2024. Online verfügbar unter: <https://www.benarnews.org/english/news/pacific/indonesia-papua-pacific-push-un-visit-06272024011114.html> (abgerufen am 26.07.2024).

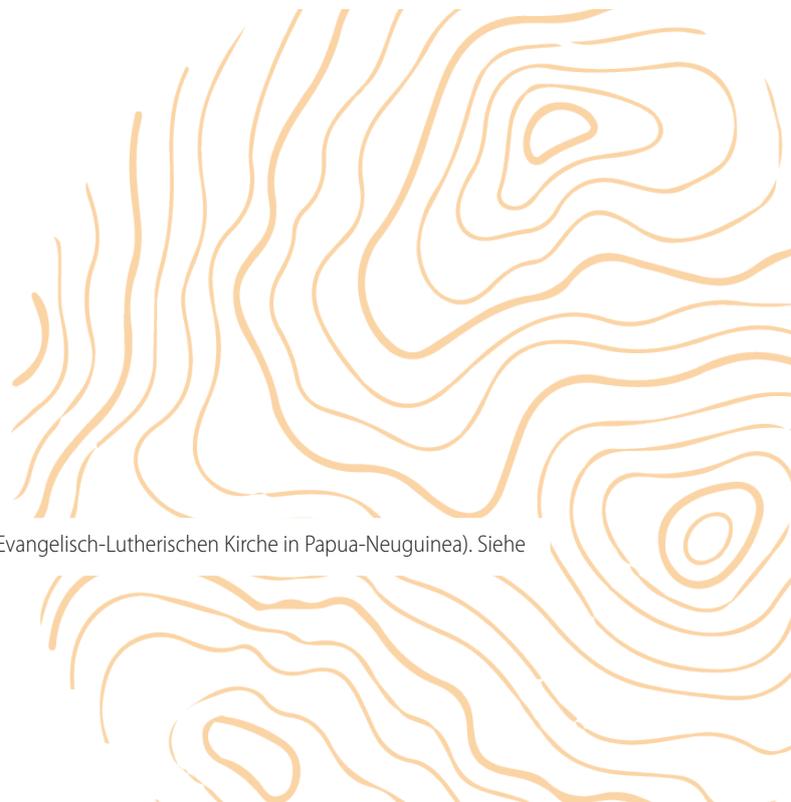
die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indonesien fördern und im Gegenzug Kritik an innerstaatlichen Angelegenheiten wie der indonesischen Politik in Westpapua reduzieren bzw. unterbinden. Als Mittel dafür dienen unter anderem auch regionale Sicherheitstreffen, die von der indonesischen Polizei organisiert werden. Daneben richtete das indonesische Außenministerium ein Indonesien-Pazifik-Entwicklungsforum ein und bietet eine Diplomatinnausbildung für junge Diplomatinnen aus melanesischen Ländern und das Sekretariat der MSG an. In PNG bewarb Präsident Jokowi z.B. auch ein Stipendienprogramm für Studierende und ein Training für kleine und mittelständische Unternehmen.

Zivilgesellschaftliche Unterstützung weiter stark

Durch die Bemühungen der indonesischen Regierung die pazifische Unterstützung zu minimieren, ist die direkte Kritik der Regierungen Ozeaniens leiser geworden und zum Teil auch ganz verstummt. Die Unterstützung der Zivilgesellschaft in Ozeanien für Westpapua bleibt jedoch stark und die Verbindung zu Westpapua ungebrochen. Besonders die Kirchen spielen hier eine bedeutende Rolle.

*„Kirchliche Partnerschaften sind ein wichtiger Weg, um anhaltende Beziehungen aufrechtzuerhalten und uns als Bewohner*innen des Pazifiks gemeinsam auszutauschen. (...) Unsere Brüder und Schwestern in Indonesien – und besonders in Westpapua – müssen viele Herausforderungen bewältigen. Es ist unsere Verantwortung als Christ*innen und als Kirche, diese Verbindungen aufrechtzuerhalten. In gegenseitigen Besuchen von oder nach Westpapua teilen wir unsere Geschichten, hören einander zu und ermutigen uns. (...) Sie sind nicht alleine und sollen dies auch spüren. In ihren Herausforderungen sind wir bei ihnen. Wir beten für sie und unterstützen sie. Dieses Gefühl von Gemeinschaft macht die Beziehung so lebendig. Und dies ist doch das eigentliche, worum es geht: Mensch zu sein, eine Gemeinschaft zu sein, Brüder und Schwestern auf dieser Welt zu sein. Wir können die Sorgen anderer nicht einfach ignorieren. Das Leben wird erst durch Verbindungen zu anderen wirklich bedeutsam.“¹⁵*

¹⁵ Interview des Westpapua-Netzwerkes mit Dr. Jack Urame (Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea). Siehe auch: Westpapua Journal 2/2023.



8. Ein neuer Präsident für Indonesien – alles beim Alten in Westpapua?

Prabowo Subianto wird Indonesiens neuer Präsident. Sein Wahlsieg im ersten Durchgang war deutlicher als erwartet. Besonders Menschenrechtsaktivist*innen im In- und Ausland verwiesen vorab regelmäßig auf seine (mutmaßliche) Beteiligung an Menschenrechtsverbrechen in den 1990er Jahren als General unter dem damaligen indonesischen Diktator Suharto. Obwohl ihm deshalb unter anderem eine Einreise in die USA für zwanzig Jahre untersagt war, streitet er seine Beteiligung weiterhin ab und wurde gerichtlich nie belangt. Aufschwung erhielt der Wahlkampf Prabowos durch die Ankündigung im Herbst 2023, dass Gibran Rakabuming Raka, der älteste Sohn des noch amtierenden und sehr beliebten Präsidenten Joko Widodo als sein Vize-Kandidat antreten wird. Dass Indonesien somit nun den Weg in eine Dynastie einschlagen könnte, indem der aus dem Volk kommende Jokowi nun seine eigene Position nutzt, um seinen familiären politischen Machterhalt zu sichern, stand dem Wahlsieg von Prabowo und Gibran nicht im Weg. Jokowi's Parteifreund, Ganjar Pranowo, der nicht von Jokowi unterstützt wurde, landete auf Platz drei. Anies Baswedan, ehemaliger Gouverneur von Jakarta, landete mit 25 % der Stimmen auf Platz zwei.

In den vergangenen Wochen und Monaten berichteten viele Medien über die Wahlkampfstrategie des Teams um Prabowo Subianto und Gibran Raka. Durch den Einsatz von sozialen Medien wie TikTok sprach dieses Duo besonders viele junge Indonesier*innen an. Eine Strategie, die im Wahlergebnis aufging. Das Duo des älteren Herrn, der sich manchmal leicht unbeholfen zeigte und der junge frische Sohn des so beliebten Präsidenten Jokowi: ein Erfolgsrezept, das besonders bei der jungen Generation Gefallen fand. Eine Generation, die das alte Indonesien nur aus Erzählungen kennt, die Geschichte nur wenig kritisch hinterfragt und den wirtschaftlichen Aufstieg unter der Präsidentschaft Jokowi's fortgesetzt sehen will.

Politische Verhandlungen zwischen der EU und einer zukünftigen indonesischen Regierung unter Prabowo werden sich schwierig gestalten. Zu oft hat sich dieser schon über die EU-Verordnung beschwert, die den Import von Palmöl, Holz oder anderen Erzeugnissen in die EU untersagt, wenn diese im Zusammenhang mit Entwaldung produziert worden sind. Dass Indonesien in diesem Streit nicht auf Europa angewiesen ist, machte Prabowo bereits mehrfach deutlich.

Und in Westpapua? Dort hatten die Menschen bereits vor der Wahl wenig Hoffnung, dass sich etwas ändert und es ist fraglich, ob sie überhaupt wirklich eine Wahl hatten. Damit ist nicht die eigentliche Möglichkeit zur Wahl gemeint, sondern, ob überhaupt irgendein Ergebnis positive Veränderungen in Westpapua bringen würde? Dies ist aus Sicht der Papuas zu verneinen.

„Die Erwartungen an den Ausgang der Wahl und deren Bedeutung für Westpapua sind sehr gering. Denn wer auch immer es sein wird – ob ein guter oder ein schlechter Kandidat – da sie alle aus Java kommen und ihr ganzes politisches Denken um Java kreist, wird es für Westpapua keine politische Lösung geben.“¹⁶

¹⁶ Papuanische Vertreter*innen aus Politik und Kirche zu der Wahl 2024 im Gespräch mit dem WPN im August 2023.

9. Empfehlungen zur aktuellen Menschenrechtssituation in Westpapua

Wir bitten die Abgeordneten des Bundestages sowie die Bundesregierung sich auch im Dialog mit indonesischen und westpapuanischen Parlamentarier*innen und Regierungsvertreter*innen dafür einzusetzen, dass

- eine friedliche Lösung des Westpapua-Konfliktes erzielt wird, indem sich die indonesische Regierung für einen politischen Dialog unter Beteiligung einer neutralen dritten Partei zur nachhaltigen Beilegung des Konflikts öffnet;
- die erstarkende Rolle des Militärs in Indonesien aufmerksam und kritisch beobachtet wird und keine Exporte von Rüstungsgütern an Indonesien genehmigt werden, solange Mitglieder des Militärs an Menschenrechtsverletzungen – besonders in Westpapua – beteiligt sind und diese nicht aufgearbeitet werden;
- eine Stelle mit dem Schwerpunkt Menschenrechte in der Dt. Botschaft in Jakarta geschaffen wird;
- die Umsetzung des Konzepts einer feministischen Außenpolitik mit Indonesien den Austausch mit indigenen Vertreter*innen aus Westpapua einbezieht und sich offen und lernbereit zeigt, indonesische Narrative zu Westpapua kritisch zu hinterfragen;
- die Militärpräsenz in Westpapua abgebaut wird und die Regierung unterbindet, dass Militär- und Polizeiangehörige die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Westpapas unterstützen und davon finanziell profitieren;
- deutsche Entwicklungsprojekte in Westpapua indigenes Wissen mit einbeziehen und im Austausch mit unterschiedlichen Vertreter*innen der indigenen Papuas evaluiert und weiterentwickelt werden;
- eine systematische Aufarbeitung der Geschichte der Gewalt gegenüber den Papuas stattfindet;
- Indonesien sich an seine Zusage hält und ein Besuch in Westpapua durch das Hochkommissariat für Menschenrechte der UN verbindlich per Termin vereinbart wird und Westpapua für ausländische Journalist*innen, Berichterstatter*innen sowie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (ICRC) geöffnet wird.



Mit dem Westpapua Journal auf dem Laufenden bleiben



Das Westpapua Journal erscheint zweimal im Jahr. Ein Abonnement kostet 20 Euro/Jahr für Einzelpersonen oder ist in einer Fördermitgliedschaft enthalten.

Hier gibt es eine Leseprobe unseres Journals:



Mitmachen und Förderkreismitglied werden

Für unsere Menschenrechtsarbeit braucht es einen langen Atem. Als Förderkreismitglied unterstützen Sie unser Netzwerk dauerhaft und machen unsere Aktivitäten planbarer. Das Abonnement des Westpapua Journals ist in der Fördermitgliedschaft enthalten, einmal im Jahr laden wir Sie zu unserer Mitgliederversammlung ein.

Unterstützen Sie uns regelmäßig und werden Sie Fördermitglied:



Für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua

Sie können uns auch mit einer Spende unterstützen. Jeder Beitrag hilft! Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

Spendenkonto

IBAN: DE 45 3506 0190 0009 0909 08

SWIFT/BIC: GENODED1DKD

Kontoinhaber: Vereinte Evangelische Mission

Verwendungszweck: Westpapua-Netzwerk







Das Westpapua-Netzwerk:

Das Westpapua-Netzwerk setzt sich seit den 90er Jahren für eine größere zivilgesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit in Deutschland zu Westpapua ein. Das Westpapua-Netzwerk befasst sich mit der politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Situation in Westpapua und trägt die Stimme der Papuas durch Bildung und Öffentlichkeitsarbeit und durch Advocacyarbeit nach Deutschland. Das Westpapua-Netzwerk nimmt keine eigene Stellung zum politischen Status und zu Fragen der Unabhängigkeit Westpapas ein.

Bei den Mitgliedsorganisationen im Westpapua-Netzwerk handelt es sich um Menschenrechts-, Solidaritäts- und Umweltgruppen, um Partnerschaftskirchenkreise, Gemeinden und andere Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche. Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und andere Interessierte sind als Einzelpersonen im Netzwerk aktiv. Sie alle setzen sich auf unterschiedliche Art und Weise für Frieden, den Schutz der Menschenrechte und den Erhalt und den Schutz der Umwelt in Westpapua ein.



Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Telefon +49 202 89004-170
Fax +49 202 89004-179

wpn@westpapuanetz.de
www.westpapuanetz.de

November 2024

grafische Arbeit @akalbudinetwork